

APENIV
Verzeichnis der Sozialdemokratischen
Presse

27 550



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 38
Fernschreiber 0886 890

P/XIV/48 - 27. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Separater Friedensvertrag mit Pankow ? Von Dr. Karl Mommer, MdB	72
3 - 4	Der 21. Parteitag und die chinesische Frage Von Jax Diamant	111
5	Dem Amt geschadet - die Würde verletzt Von Franz Barsig	44
5 a	Japan gibt ein Beispiel Kampagne gegen die Kernwaffen-Rüstung - und die Bundesrepublik ?	37
6 - 7	Saarbrücken hat wieder eine Regierung Verstärkter sozialdemokratischer Einfluß	63

* * * * *
* * *

Separater Friedensvertrag mit Pankow?

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Chruschtschow hat in seiner Rede in Tula die gegenwärtige Absicht der Sowjetunion in dem Satz zusammengefaßt: "Wir wollen das fixieren, was als Ergebnis des zweiten Weltkrieges geschehen ist ...". Man könnte hinzufügen: und das Gebiet, das von russischen Truppen 1945 besetzt wurde, von einer so lästigen Enklave wie Berlin befreien. In dem oben zitierten Satz heißt es weiter - ganz im Widerspruch zum ersten Teil des gleichen Satzes -, dies werde auch von der ganzen Welt anerkannt. Wenn das wirklich der Fall wäre, brauchte es nicht fixiert zu werden. Erst der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und den zwei deutschen Staaten soll der Sowjetunion in Wirklichkeit die Anerkennung und Fixierung des 1945 Erreichten bringen. Erst dann wäre das ganze Gebiet als kommunistischer - von Moskau aus beherrschter - Machtbereich "fixiert".

Kun ist die Reaktion auf diesen russischen Vorschlag im Westen eindeutig negativ, auch wenn nicht alle an der Tatsache den gleichen Anstoß nehmen, wie die Deutschen es tun müssen, damit einem solchen Vorgehen auch die deutsche Teilung "fixiert" würde. Wie immer sich die Berlin-Krise entwickeln mag - selbst die Regierung der Sowjetunion scheint nicht an die Möglichkeit der Erfüllung ihres umfassenden Fixier-Wunsches zu glauben -, man scheint sich schon jetzt nach Ersatzlösungen umzusehen. In den Reden auf dem XXI. Parteitag, in der zitierten Chruschtschow-Rede in Tula, sowie in Reden und Entschlüsseungen von höchsten SED-Stellen wird deshalb immer deutlicher in Aussicht gestellt, "einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten oder mit einem von ihnen" (Chruschtschow in Tula) abzuschließen.

Ob es sich hierbei nur um Drohungen oder um neue wirklich beabsichtigte Marschrouten handelt, können wir nicht sicher wissen. Dagegen können wir versuchen, durchzurechnen, was ein separater Friedensvertrag der Sowjetunion mit der DDR für die Beteiligten bedeuten würde. Eine solche Eventualität würde die Spaltung und Spannung in Europa unerträglich und auf lange Sicht verschärfen. Am entscheidendsten würde das deutsch-russische Verhältnis getroffen. Eine schwere Krise in unseren Beziehungen zur Sowjetunion wäre die Folge. Den Freiheits- und Einheitswillen aller Deutschen müßte der Separatfrieden als die definitive Verweigerung des elementaren Rechts auf Selbstbestimmung erscheinen. Vielleicht glaubt Chruschtschow, daß dies in einer Politik der Raketenstärke gut zu ertragen sei. Die politisch-militärische Hoch-

spannung in Europa dagegen, die durch den einseitigen Friedensvertrag entstehen, würde mit ihren Gefahren für den Frieden und ihren wirtschaftlichen Konsequenzen in gleicher Weise auf dem Sowjets wie auf uns und den ganzen Westen lasten. Die sowjetrussische Innen- und Außenpolitik würde in eine Bahn gezwungen, die auch für die Sowjetunion schwerwiegende Schattenseiten hätte.

Was hätte die Sowjetunion durch einen separaten Friedensvertrag gewonnen? Keines der Ziele, die sie mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit zwei deutschen Staaten erstrebt, würde erreicht werden. Es hilft dabei nicht, auf die bei Ulbricht schon recht deutlich gewordene Linie zu gehen, daß die Pankower Regierung "stellvertretend für das ganze deutsche Volk" unterzeichnen wird. Eine solche Fiktion hilft ihr keinen Zoll weiter. NikoJan erklärte in den Vereinigten Staaten, Chian Kai Sheck sei wie "irgendein Mr. Smith", den die USA mit ihrer Militärmacht in Formosa im Sattel hielt und mit dem sie dann völkerrechtlich wertlose Verträge unterzeichne. Die Sowjets wissen am besten, wie sehr dieses Bild auf sie und auf Ulbrichts Position in der Zone zutrifft. Die Sowjets kontrahieren so mit sich selbst, wenn sie mit Ulbricht kontrahieren, wie das die französische Regierung mit sich selbst tat, als sie mit "Saar-Hoffmann" Friedensvertrags-ähnliche Konventionen abschloss. Der pompöse Anspruch Ulbrichts, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu handeln, ist zu messen an der Tatsache, daß bei einer freien Wahl die Männer in Pankow alle Aussichten hätten, eher drei als - wie Saar-Hoffmann - 33 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen.

Ein separater Friedensvertrag mit Smith-Ulbricht bringt keine völkerrechtliche Festigung der Herrschaft der russischen Staatspartei in Deutschland, wie Kurt Schumacher sie nannte. Er brächte kein Disengagement in Europa, nicht das Ende der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik, keine Verringerung der auch für die Sowjetunion tödlichen Kriegsgefahr, sondern zwangsläufig ihre Vergrößerung.

Solche Gedanken sind der Regierung der Sowjetunion sicher nicht fremd. Es ist möglich, daß sie bei ihr nicht durchschlagen. Wir sollten jedoch auch diese Tatsache, daß ein separater Friedensvertrag für die Sowjets nur von sehr zweifelhaften Wert sein kann, nicht übersehen. An einen separaten Friedensvertrag würde nur einer Freude haben können, nämlich Herr Ulbricht. Nicht aber Herr Chruschtschow!

Der 21. Parteitag und die chinesische Frage

Von Max Diamant

In den führenden Kreisen der englischen Arbeiterpartei sieht man in der aussenpolitischen Initiative Chruschtschows, die plötzlich und für eine längere Zeit die Berliner Frage und die deutsche Gesamtfrage zum zentralen Diskussionssthema der Grossmächte erhebt, ein russisches Manöver, um bei einer neuen Gipfelkonferenz vorerst nur deutsche, mitteleuropäische und europäische Fragen zu behandeln. Mit dieser Beschränkung des Themenkreises würde auch der Kreis der Teilnehmer an einer neuen Konferenz fast unvermeidlich auf die unmittelbar interessierten Mächte und Länder reduziert bleiben.

Als dagegen aus Anlass der vorangegangenen aussenpolitischen Krise um den Libanon Chruschtschow endlich die so nachdrücklich geforderte Einladung zu einer Gipfelkonferenz erhalten hatte, musste er damals - nach einer plötzlichen Flugreise nach Peking und einer Unterredung mit Mao Tse Tung offenbar auf chinesischen Druck hin, verzichten. Überall hatte man diesen Vorgang damals so interpretiert, dass China kategorisch gefordert hatte, in Zukunft bei den aussenpolitischen Verhandlungen der Mächte selbst anwesend zu sein. Über Nacht hatte darum Moskau jedes weitere Interesse an der Libanon-Krise verloren. Es wurde klar, dass statt dessen hier die Symptome eines unterirdisch schon länger wirkenden, aussenpolitischen Krisenprozesses in den russisch-chinesischen Führungsfragen offen ausgebrochen sind.

Unvermittelt darauf Überraschte China, besonders die kommunistische Welt, mit der propagandistischen Kampagne rund um die "Kommunen" und gestaltete gleich die Erfolge der neuen Linie zu einem beginnenden ideologischen Grossangriff um die Spitzenrolle Chinas bei dem nun verkündeten direkten Übergang zum "Kommunismus". Von chinesischer Seite werden seitdem die kommunistischen Apparate in der ganzen Welt, besonders aber in den unterentwickelten Ländern, mit einer wahren Starzflut von Propagandamaterial überschwenmt. In leuchtenden Bildern werden die erstaunlichen Leistungen und die besonderen Vorzüge des "chinesischen Wegs" propagiert.

Moskau legt politische Gegen-Minor

Die Moskauer Publikationen reagierten vorerst mit peinlichem Schweigen, dann war eine gewisse Verwirrung unverkennbar. Schliesslich konnte man einigen äusserlichen und herabsetzenden Bemerkungen Chruschtschows über den "reaktionären Charakter der chinesischen Vorstösse" entnehmen, dass vom Kreml aus bereits politische Gegen-Minor gelegt werden. Aus Anlass der russischen Revolutionsfeier, welche dann Anfang November etwa zwei Wochen lang eine grosse chinesische Delegation in Moskau. Wie zufällig ergab es sich, dass diese Delegation genau zur rechten Zeit abfuhr, um anschliessend in China an dem berüht gewordenen ZK-Plenum teilnehmen zu können, das die Abberufung Mao Tse Tungs vom Posten des chinesischen Staatspräsidenten und gleichzeitig die Zurückstellung der "Kommunen"-Kampagne in den Städtchen beschloss. Wie zufällig auch, dass auf dem gleichen Plenum der aus Moskau zurückgekehrte Delegationschef in der Partei-Hierarchie gleich an die zweite Stelle aufgerückt ist.

Es ist schwer zu sagen, mit welchen Druckmitteln Chruschtschow so schnell ein halbes Einschwanken der chinesischen Parteiführung erreicht hat. Offenbar ist es ihm gelungen, in der chinesischen Parteispitze selbst eine starke "internationalistische" Fraktion gegen den "sektiererischen Nationalismus" Mao Tse Tungs in Front zu bringen. Der ideologische

Gegenangriff Chruschtschows zeichnet sich damit bereits offen an. Indem er selbst die Offensive gegen den "opportunistischen Revisionismus" der Jugoslawen verstärkt anführte, schuf er sich so, sekundiert von Gomulka, eine Rückendeckung gegen offene Vorwürfe in dieser Richtung. Nach der politischen Methodik des ideologischen Zwei-Fronten-Krieges, den Chruschtschow in den letzten zwei Jahren führt, bleibt jetzt nur näher zu bestimmen, gegen wen die Schläge wegen "Sektiererertums" offen erfolgen werden. Manches spricht dafür, dass nach dieser Richtung ein Reinemacher Chruschtschows auf der ganzen Linie bevorsteht. Inwieweit die chinesische "Abweichung" dann in einen grösseren und internationalen Zusammenhang gebracht wird, dürfte von der völligen Klärung der Auseinandersetzungen zwischen der "russischen" und der "nationalistisch-sektiererischen" Fraktion abhängen. Möglich auch, dass die sektiererischen Tendenzen in allen Landesparteien generell mit den Bestrebungen der russischen "antiparteilichen Gruppe" auf einen Nenner gebracht werden.

Zornige Warnungen

Der 21. Parteitag hat tatsächlich auf eine spektakuläre Art die chinesische Frage als eins seiner zentralen Themen behandelt. In die Form allgemeiner theoretischer Auslassungen gekleidet, hat Chruschtschow unverkennbar an die chinesische Adresse folgende zornige Warnungen ausgesprochen:

"Der Übergang vom sozialistischen Stadium der Entwicklung zu einer höheren Phase - das ist ein gesetzmässiger historischer Prozess, den man nicht nach Belieben abbiegen oder umgehen kann. Die marxistisch-leninistischen Parteien betrachten als ihr Endziel die Schaffung der kommunistischen Gesellschaft. Doch zum Kommunismus kann die Gesellschaft nicht vom Kapitalismus hinüber springen, ohne das sozialistische Entwicklungsstadium durchgegangen zu sein. Lenin sagte dazu: Von Kapitalismus kann die Menschheit unmittelbar nur zum Sozialismus übergehen, und das besagt die Beherrschung der Produktionsmittel durch die Allgemeinheit und die Güterverteilung gemäss der Leistung des Einzelnen. Unsere Partei sieht weiter: Der Sozialismus muss unvermeidlich allmählich zum Kommunismus hinüberwachsen, auf dessen Fahren geschrieben steht: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen". Nach diesem Lenin-Zitat verkündete nun Chruschtschow: Natürlich können manche Genossen sagen, dass man die Prinzipien des Kommunismus schneller einführen müsste. Doch wollte man verfrüht zur Güterverteilung gemäss den Bedürfnissen übergehen, wenn dafür noch nicht die ökonomischen Bedingungen geschaffen sind, noch nicht der materielle Überfluss vorhanden ist und die Menschen nicht dafür vorbereitet sind, um kommunistisch zu arbeiten und zu leben - so würde der Sache des kommunistischen Aufbaus eher Schaden zugefügt werden. Man muss sich vor Augen halten, dass beim gegenwärtigen Stand der Produktionsentwicklung die materiellen Güter noch nicht für alle Menschen ausreichen, um ihre Bedürfnisse vollständig befriedigen zu können. Solch ein gleichmacherischer Kommunismus würde zum Konsum der angehäuften Mittel führen und damit die weitere erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft und ihre erweiterte Reproduktion gefährden, ja unmöglich machen. Wir müssen uns Schritt um Schritt vorwärts bewegen und so die materiellen und geistigen Voraussetzungen für einen planmässigen Übergang zum Kommunismus schaffen." ... "Es ist unzulässig sich zu eilen und übereilt das einzuführen, was noch nicht herangereift ist. Das würde zur Entartung und zur Kompromittierung unserer Sache führen" ...

Noch viel bedeutsamer und sensationeller als diese polemischen Erklärungen sind die weitgesteckten ökonomischen Massnahmen und Pläne, die der 21. Parteitag zum kritischen Kapitel der russisch-chinesischen Beziehungen gutgeheissen hat. Es stellt sich jetzt heraus, dass ein bedeutender Teil der künftigen ökonomischen Planung Chruschtschows bereits im Vorzeichen dieser Auseinandersetzung steht. + + +

Dem Amt geschadet - die Würde verletzt

Von Franz Barsig

Die Sozialdemokratische Partei könnte eigentlich nur in Ruhe und Gelassenheit dem Tauziehen zusehen, das sich gegenwärtig in der CDU/CSU um die Nominierung ihres Bundespräsidenten-Kandidaten abspielt. Sie hat das Problem für sich in fairer und würdiger Weise gelöst und der Bundesversammlung und damit dem deutschen Volke mit Prof. Carlo Schmid einen Mann vorgeschlagen, von dem jeder überzeugt ist, daß er dieses Amt zum Nutzen des ganzen deutschen Volkes ausüben würde.

Diese Gelassenheit wird die SPD auch weiter bewahren, soweit es die Persönlichkeit betrifft, die die CDU/CSU eines Tages endgültig nominieren wird. Die SPD ist der Meinung, daß eine Personenpolitik gegen den Kandidaten für das höchste Amt im Staate nicht angebracht ist, und sie unterscheidet sich darin sehr von der CDU/CSU, die schon am Tage der Nominierung gegen Prof. Carlo Schmid polemisch reagierte.

Nicht Gelassenheit, sondern Empörung ist aber am Platze, wenn man sehen muß, wie gewisse Kreise der Wirtschaft, der CDU/CSU, einige Bundesminister und nicht zuletzt Dr. Adenauer selbst durch ihre Hintertreppen-Taktiken und Winkelzüge die Institutionen des Bundespräsidenten diskreditieren. Für den Bundeskanzler geht es bei der Besetzung dieses höchsten Staatsamtes leider nicht darum, den nach Ansicht der CDU/CSU besten Mann zu nominieren, sondern mögliche Kandidaten für den Wahlkampf 1961 aus dem Wege zu schaffen. Das ist auch der letzte Grund dafür, daß man in der Nominierungs-Kampagne die Gesangbücher in einem Ausmaß strapaziert, das letztlich zu einer Bedrohung des konfessionellen Friedens in der Bundesrepublik führen kann.

Dem stärksten Befürworter der Kandidatur Erhards wiederum ging es darum, einen möglichen Gegenkandidaten im Renner 1961 aus dem Wege zu räumen. Denn das ist schließlich das wahre Motiv, das Bundesinnenminister Dr. Schröder veranlaßt hat, sich für Erhard so stark zu machen, wobei alle diese Aspiranten für den Wahlkampf 1961 übersahen, daß es auch andere Parteien gibt, die gedenken, sich am Wahlkampf zu beteiligen und das Problem des neuen Bundeskanzlers nicht nur eine Erbfolagefrage ist.

Schließlich gehört auch die Industrie zu den Mächten, die dem Amte des Bundespräsidenten Abbruch tun, denn das Staatsoberhaupt darf nicht die Person werden, die man aus Gründen, wie immer sie sein mögen, von einem anderen Posten wegloben will.

In allen diesen Vorgängen manifestiert sich nur eine Mißachtung vor der Spitze in einem demokratischen Staatswesen. Dieses Amt ist zu ernst und zu wichtig, als daß man unwidersprochen zusehen dürfte, wie es zu einem Spielball von persönlichen Machtkämpfen, konfessionellen Rechnereien oder Gruppeninteressen gemacht wird. Die CDU/CSU ist auf einem schlechten Wege. Der Mann, der sie dazu gebracht hat, ist aber wiederum Dr. Adenauer, der oben in jeder Situation das bleibt, was er immer war, ein winkliger Parteipolitiker.

Japan gibt ein Beispiel

sp - Sieben prominente japanische Wissenschaftler, darunter ein Nobelpreisträger für Physik und der Rektor der Universität Tokio haben den Ministerpräsidenten ihres Landes, Kishi, gebeten, eine Weltkampagne gegen die Kernwaffenrüstung einzuleiten. Kishi als der Ministerpräsident eines Landes, auf dessen Boden die ersten Atombomben fielen und deren Wirkungen heute noch viele Tausende Japaner an ihren Körpern zu spüren bekommen, hat sich diesem Anruf nicht verschlossen. Es ist wohl das erste Mal, dass eine nichtkommunistische Regierung sich mit an die Spitze einer Kampagne stellt, deren Ziel es ist, tödliche, die ganze Menschheit bedrohende Gefahren abzuwenden. Kishi glaubt nicht an die Wirkung der Atombomber als eine kriegsverhindernde Waffe. Er befindet sich hier in Übereinstimmung mit dem amerikanischen Psychiater Frank, der vor dem USA-Abrüstungsunterausschuss betonte, die Hauptgefahr der Kernwaffen liege in der Schwäche der Menschen, sie auch zu gebrauchen. Nach seiner Ansicht gebe es Menschen, die tatsächlich die Welt zerstören wollten und sich deshalb von Atomwaffenbedrohungen nicht abschrecken lassen.

Um noch einen Staatsmann zu zitieren: Der britische Ministerpräsident Macmillan hält es für durchaus möglich, dass die Welt durch einen Irrtum in einen Krieg stürzen könnte - einen Krieg, von dem alle wissen, er würde mit Vernichtungswaffen geführt werden, denn dies zu verhindern werden sowohl sowjetrussische Marschälle als auch NATO-Generäle niemals müde.

Das japanische Volk gehört wie das deutsche zu den Geschlagenen des zweiten Weltkrieges, in dem es sich durch eigene Schuld verstrickte. Die japanische Regierung zog jedoch zum Unterschied zur Bundesregierung andere Lehren aus der Niederlage, sie verwahrt sich gegen eine Ausrüstung ihrer Armee mit Kernwaffen, die Japan unweigerlich in den Strudel des Kalten Krieges mit einziehen würde. Sie sieht die Sicherung für die Existenz des japanischen Volkes nicht in der Stapelung von Vernichtungswaffen, sondern in der Einwirkung auf alle Regierungen, auf Atomwaffen zu verzichten. Wir, die wir als gespaltene Nation noch mehr gefährdet sind als die Japaner, hätten wohl noch mehr Gründe, uns an die Spitze einer solcher Kampagne in weltweitem Maßstab zu stellen. Von unserer Bundesregierung sind freilich solche Einsichten nicht zu erwarten, denn für sie sind alle, die in den Atomwaffen die größte Bedrohung für die Menschheit sehen, mehr oder weniger getarnte Kommunisten ...

27. Februar 1959

Saarbrücken hat wieder eine Regierung

A.B., Saarbrücken

Es war keine Böswilligkeit, daß der saarländische Rundfunk am Donnerstag im Anschluß an die Direktübertragung der Regierungserklärung des wieder zum Ministerpräsidenten gewählten CDU-Vorsitzenden Egon Reinert seine Sendung "Gute Nacht, liebe Kinder" ankündigte. Die Sendung stand im Programm. An der Saar hofft man, daß der Rundfunk hier nicht zufällig Prophet gespielt hat, die Bevölkerung erwartet vielmehr von der neuen Regierung, daß sie mit mehr Eifer die Probleme der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik anpackt. Das war in der alten Regierung nicht immer der Fall. Allzusehr hatten sich die CDU-Minister um das Problem der "Christlichen Einheit" bemüht, anstatt sich ganz den Regierungsge-
schäften zu widmen.

Mit der Bildung der neuen Regierung - nach einer Krise von fünf Wochen - ist nun auch die zweite Etappe auf dem Weg zur Einheit zwischen den beiden C-Parteien durchgeführt, und es ist zu erwarten, daß sich die CSU/CVP im April auflöst, nachdem sie nun an der Regierung durch einen Minister beteiligt ist.

Nichts hindert die neue Regierung daran, sachliche Arbeit zu leisten. Sie erhofft sich auch von der aus der Regierung ausgeschiedenen Demokratischen Partei Dr. Schneiders eine sachliche Opposition - bei dem Temperament Dr. Schneiders eine sehr vage Hoffnung. Die Sozialdemokraten konnten ihren Einfluß in der neuen Koalition, die zwischen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Demokraten im Landtag (ADU und CSU/CVP) und der SPD gebildet worden ist, verstärken. Während sie in der alten Koalition CDU-DPS-SPD nur einen Minister von acht stellte, ist sie in der neuen Regierung bei nur sechs Ministern mit zwei vertreten. Die Sozialdemokraten haben auf die Reduzierung der Ministerzahl gedrängt. Es sei nicht zu verantworten, in einem so kleinen Bundesland ein so großes Kabinett zu haben, wie es bisher der Fall war. Zwei Ministerien müssen vor anderen Ministerien rückverwaltet werden. Die Sozialdemokraten stellen neben dem Arbeitsminister nun auch den Innenminister.

Für die SPD ist der Entschluß, sich an einer Regierung, an der auch die CSU/CVP des einstigen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann mit einem Minister vertreten ist, nicht leicht gewesen. Sie wußte um die Ressentiments in weiten Teilen der Partei und der Bevölkerung gegen die CSU/CVP als Repräsentant des alten separatistischen Regimes. Der SPD-Parteiausschuß entschloß sich trotzdem für eine Beteiligung an einer solchen Regierung, weil er zu der Auffassung gelangte, daß man mit dem Blick in die Vergangenheit nicht ewig Politik machen kann, daß sich die CSU/CVP darüber hinaus voll zu der Entscheidung der Bevölkerung vom 23. Oktober 1955 bekennt und daß der SPD diese Koalition die Chance bietet, sozialdemokratische Politik in weit größerem Maße als bisher in die Tat umzusetzen. Der SPD-Entschluß war auch getragen von der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung des Landes, der es nicht länger zugemutet werden konnte, daß das Land ohne Regierung bleibt.

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten war dieser Einfluß der Sozialdemokraten nicht nur in der Innen- und Sozial-Politik zu sehen. Auch in der Kultur-Politik, die von einem CDU-Minister gestaltet wird, ist viel sozialdemokratisches Gedankengut verwirklicht.

Die Regierung will sich dafür einsetzen, daß die sozialpolitischen Vorteile, die an der Saar gegenüber der übrigen Bundesrepublik bestehen, erhalten bleiben. Es sind dies vor allem die bessere Versorgung der Kriegsoffer und die Familienzulage, die an der Saar bereits für die Frau und das erste Kind gewährt wird. Die Verwirklichung dieser Absicht wird jedoch bei der jetzigen Haltung der Bundesregierung schwer sein. Aber man hofft jedoch an der Saar, daß sich die Bundesregierung einmal voll bewußt wird, daß die Saar überall als Modellfall für die große Wiedervereinigung betrachtet wird.

- + -

Verantwortlich: Günter Markscheffel